

**Ersatz der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL/A)
durch die Unterschwellenvergabeordnung (UVgO),
Verwaltungsvereinfachung für Beschaffungen mit einem geringen Auftragswert**

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 11720

Beschluss des Verwaltungs- und Personalausschusses vom 11.07.2018 (VB)
Öffentliche Sitzung

Inhaltsverzeichnis	Seite
I. Vortrag des Referenten	2
1. Anlass	2
2. Übergangsfrist	3
3. Beschaffungen mit einem geringen Auftragswert	3
II. Antrag des Referenten	4
III. Beschluss	5

I. Vortrag des Referenten

1. Anlass

Anlass der Beschlussvorlage ist eine Änderung im Vergaberecht unterhalb der europäischen Schwellenwerte. Der Schwellenwert für die Vergabe von kommunalen Liefer- und Dienstleistungsaufträgen liegt derzeit bei Euro 221.000.

Durch den Bund ist 2017 die Verfahrensordnung für die Vergabe öffentlicher Liefer- und Dienstleistungsaufträge unterhalb der EU-Schwellenwerte (Unterschwellenvergabeordnung - UVgO) geschaffen worden. Die bisher verwendete Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL/A) besteht weiterhin, wird aber auf Dauer vom Bund nicht mehr an die Rechtsprechung und an Gesetzesänderungen angepasst.

VOL/A und UVgO sind inhaltlich in weiten Teilen vergleichbar. Ein Unterschied zwischen VOL/A und UVgO besteht darin, dass die UVgO eine flexible Wahl der Vergabeverfahren und damit eine Verwaltungsvereinfachung vorsieht. Bisher galt das Primat der öffentlichen Ausschreibung. Künftig stehen die öffentliche Ausschreibung und die beschränkte Ausschreibung mit Teilnahmewettbewerb gleichberechtigt nebeneinander.

Bundesbehörden und staatliche Auftraggeber in Bayern wenden die UVgO bereits an. Den kommunalen Auftraggebern ist es freigestellt, ob sie die UVgO anwenden wollen. Zur Vermeidung von rechtlichen Risiken hat der Freistaat Bayern den Kommunen die Anwendung empfohlen. Das Direktorium rät, der Empfehlung auf freiwilliger Basis und im Interesse aller Verfahrensbeteiligten zu folgen. Eine Nichtanwendung der UVgO bedeutet, dass sich die Stadt eigene Regeln, die jedoch stark an die UVgO angelehnt sein müssten, geben würde. Alle Verfahrensbeteiligten müssten sich auf den städtischen Sonderweg jeweils einstellen und berücksichtigen.

Bremen und Hamburg haben die VOL/A bereits durch die UVgO ersetzt. Die abgefragten Städte Berlin, Bonn, Gelsenkirchen, Hannover, Köln, Leipzig und Stuttgart planen die Einführung der UVgO in Kürze.

Das Direktorium befürwortet wegen der größeren Flexibilität den Ersatz der VOL/A durch die UVgO. Die Möglichkeit der Wahl der Vergabeverfahren in der UVgO bedeutet für die Vergabestellen eine Verwaltungsvereinfachung und effiziente Vergabeverfahren. Die Beschlüsse des Stadtrats zum Projekt eVergabe orientieren sich an der künftigen Anwendung der UVgO. Die Einführung der UVgO bei Bundes- und Landesbehörden sowie bei anderen Städten begründet ebenfalls die Notwendigkeit, dass München bei der Abwicklung von Vergaben vergleichbare Voraussetzungen schafft.

Die VOL/A wird auf längere Sicht gesehen veralten, weil sie vom Bund nicht mehr gepflegt und angepasst wird. Bei längerfristiger Verwendung der VOL/A durch die Stadt müsste daher die Stadt selbst den Pflegeaufwand übernehmen, was unverhältnismäßig wäre.

Der Stadtrat hat die Pflicht zur Anwendung der VOL/A bei Vergaben unterhalb der europäischen Schwellenwerte im Jahr 1987 beschlossen. Es ist daher erforderlich, die Pflicht zur Anwendung der UVgO auch beschließen zu lassen. Die Anwendung der VOL/A unterhalb der europäischen Schwellenwerte erfolgte auf freiwilliger Basis. Das gleiche gilt für die Anwendung der UVgO. Die Stadt München entscheidet selbst, ob und in welchem Umfang sie die UVgO anwendet.

Das Projekt eVergabe hat darum gebeten, den Stadtrat vor der Sommerpause mit der Beschlussvorlage über den Ersatz der VOL/A durch die UVgO zu befassen, damit im Projekt weiterhin Rechtssicherheit besteht und die Kostenschätzung sowie der Zeitplan eingehalten werden können.

2. Übergangsfrist

Beim Ersatz der VOL/A durch die UVgO ist für unterschwellige Vergaben eine Übergangsfrist bis zum 31.12.2019 erforderlich. Ursächlich hierfür sind Schulungen der Dienstkräfte in den Vergabestellen sowie der zahlreichen Dienstkräfte in den Referaten und Eigenbetrieben, die für Vergaben zuständig sind.

Der Schulungsbedarf ergibt sich für die rechtlichen Aspekte bei Anwendung der UVgO sowie für die Programmbedienung des eVergabe-Systems. Während dieser Übergangsfrist muss den noch nicht geschulten Dienstkräften die Möglichkeit gegeben werden, weiterhin die VOL/A anzuwenden.

3. Beschaffungen mit einem geringen Auftragswert

Derzeit bestehen bei der Stadt für die Durchführung von Beschaffungen mit einem geringen Auftragswert zwei Möglichkeiten. Bis Euro 1.000 Auftragswert beschaffen die Bedarfsstellen unmittelbar beim Lieferanten, sofern sie Marktkennntnis haben (Direktkauf). Ist keine Marktkennntnis vorhanden, führen sie einen Preisvergleich durch. Bei Beschaffungen mit einem Auftragswert von 1.000 bis 2.000 Euro ist immer ein Preisvergleich durchzuführen. Auf eine produktneutrale Leistungsbeschreibung kann verzichtet werden (Selbstbeschaffungsgrenze).

Aus Sicht des Direktoriums macht es Sinn, die beiden ähnlichen Beschaffungsmöglichkeiten besser auf einander abzustimmen und dadurch Beschaffungen mit einem geringen Auftragswert effizienter zu gestalten. Die UVgO bietet dazu eine entsprechende Möglichkeit, denn sie sieht eine Verwaltungsvereinfachung für Beschaffungen mit einem geringen Auftragswert bis Euro 1.000 vor (Direktauftrag).

Die Höhe der Wertgrenze für den Direktauftrag von Euro 1.000 ist für die Stadt jedoch zu gering, was die positiven Erfahrungen mit der Selbstbeschaffungsgrenze in Höhe von Euro 2.000 Euro gezeigt haben.

Das Direktorium schlägt vor, hier von der UVgO abzuweichen und künftig den Direktauftrag bis zu einem Auftragswert von Euro 2.000 zuzulassen. Das bedeutet, die Bedarfsstellen beschaffen künftig bis Euro 2.000 Auftragswert unmittelbar beim Lieferanten, sofern sie Marktkennntnis haben. Ist keine Marktkennntnis vorhanden, führen sie einen Preisvergleich durch. Auf eine produktneutrale Leistungsbeschreibung kann verzichtet werden. Die beiden bisherigen Beschaffungsmöglichkeiten werden dadurch vereinheitlicht und benutzerfreundlicher. Beschaffungen mit einem geringen Auftragswert bleiben weiterhin wirtschaftlich und sparsam. Die Vorgehensweise ist zulässig, da die Stadt die UVgO unterhalb der europäischen Schwellenwerte auf freiwilliger Basis einführt und somit auch selbst entscheiden kann, wann und wie sie davon abweicht.

Der Vorschlag des Direktoriums wird vom Projekt eVergabe und von den zentralen Vergabestellen unterstützt.

Anhörung des Bezirksausschusses

In dieser Beratungsangelegenheit ist die Anhörung des Bezirksausschusses nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA-Satzung).

Dem Verwaltungsbeirat des Direktoriums, Hauptabteilung I, Zentrale Verwaltungsangelegenheiten, Herrn Stadtrat Johann Altmann, ist ein Abdruck der Sitzungsvorlage zugeleitet worden.

II. Antrag des Referenten

1. Die Stadt ersetzt ab 18.10.2018 die Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL/A) bei Vergaben unterhalb der jeweils geltenden europäischen Schwellenwerte durch die Unterschwellenvergabeordnung (UVgO) in der jeweils gültigen Fassung. Dabei gilt eine Übergangsfrist bis 31.12.2019.
Der Beschluss des Stadtrats zur Anwendung der VOL/A bei Vergaben unterhalb der europäischen Schwellenwerte aus dem Jahr 1987 ist damit aufgehoben.
2. Die Höhe der Wertgrenze für Beschaffungen mit einem geringen Auftragswert wird ab 18.10.2018 auf Euro 2.000 festgelegt (Direktauftrag).

3. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

III. Beschluss

nach Antrag.

Die endgültige Beschlussfassung über den Beratungsgegenstand obliegt der Vollversammlung des Stadtrates.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der / Die Vorsitzende

Der Referent

Ober-/Bürgermeister/-in
ea. Stadtrat/-rätin

Dieter Reiter
Oberbürgermeister

IV. Abdruck von I. mit III.

über die Stadtratsprotokolle

an das Direktorium - Dokumentationsstelle

an die Stadtkämmerei

an das Revisionsamt

z. K.

V. WV. Direktorium-I/ZV

1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.

2. **An das Baureferat**
An das Direktorium
An das Kommunalreferat
An das Kreisverwaltungsreferat
An das Kulturreferat
An das Personal- und Organisationsreferat
An das Referat für Arbeit und Wirtschaft
An das Referat für Bildung und Sport
An das Referat für Gesundheit und Umwelt
An das Referat für Informations- und Telekommunikationstechnik
An das Referat für Stadtplanung und Bauordnung
An das Sozialreferat
An die Stadtkämmerei
An die Vergabestelle 1
An die Vergabestelle 3
An die Vergabestelle 4
An die Vergabestelle 6
An die Vergabestelle 7
An die Vergabestelle 9
An die Vergabestelle 10

z. K.

Am